



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Pressemitteilung: Wohnkostenbelastung von Studierenden steigt auf 53 Prozent – fzs fordert sofortige Entlastung und massive Investitionen in studentisches Wohnen

Berlin, 25.11.2025

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V. zeigt sich angesichts der Wohnsituation von Studierenden in Deutschland weiterhin alarmiert. In der Antwort (21/2807) der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (21/2489) wird auf Daten des Statistischen Bundesamtes verwiesen - die Wohnkostenbelastung von Studierenden liegt demnach bei durchschnittlich 53 Prozent. Studierende geben damit mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Miete aus, laut Zahlen des Moses-Mendelsohn-Instituts (MMI) durchschnittlich 505 €. In 70 von 88 untersuchten Städten ist es kaum möglich, zu Beginn des Wintersemesters 2025/2026 ein Zimmer innerhalb der aktuellen BAföG-Wohnkostenpauschale zu finden.

„Wohnungsnot betrifft junge Menschen massiv, bezahlbaren Wohnraum zu finden erscheint unmöglich“, so Rahel Schüssler, Referentin für BAföG und studentisches Wohnen des fzs. „Wenn die Bundesregierung nicht endlich entschlossen handelt, bleibt das Studium ein Luxus, nicht zuletzt die horrenden Mieten machen Studieren zu einer sozialen Frage.“

„Die geplante Erhöhung der Wohnkostenpauschale im BAföG im Koalitionsvertrag auf 440 Euro reicht bei weitem nicht aus. Da die Wohnkostenbelastung regional sehr unterschiedlich ist, ist dann vom Geldbeutel der Eltern abhängig, wer sich überhaupt das Studium an bestimmten Hochschulstandorten leisten kann - damit verbunden ist auch die Wahl des Studiengangs und -schwerpunkts“ erklärt Katharina Rummenhölter, Mitglied im fzs-Vorstand.

Aktuell existiert in Deutschland keine amtliche Statistik über die Gesamtzahl studentischer Wohnheimplätze, nach Angaben des Deutschen Studierendenwerks (DSW) gab es 240.728 öffentlich geförderte Wohnheimplätze für Studierende. Die Unterbringungsquote liegt damit bei nur erschreckenden 10,05 Prozent aller Studierenden. Gleichzeitig ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Studierende hoch. Laut der Studie „Wohnraumversorgung und Wohnraumbedarfe von Studierenden und Auszubildenden“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) fehlen bis 2040 mehr als 200.000 Wohnheimplätze für Studierende und rund 77.000 für Auszubildende. Die Studie prognostiziert, dass es auch in Zukunft weiterhin zu Versorgungslücken kommt.

„Die Bundesregierung verweist darauf, dass das Sonderprogramm Junges Wohnen gut angenommen werde. Gleichzeitig zeigt sich jedoch: Der tatsächliche Bedarf wird weder ausreichend erfasst noch ist er gedeckt“ ergänzt Tabea Herbst, Mitglied im fzs-Vorstand.

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze
Tabea Herbst
Tjark-Hagen Kandulski
Katharina Rummenhölter

Besonders problematisch bleibt, dass ein Anspruch auf Wohngeld entfällt, wenn Studierende dem Grunde nach BAföG-berechtigt sind. „Die derzeitige Bürokratie drängt Studierende in Notlagen.“, kritisiert Katharina Rummenhölter, fzs-Vorstandsmitglied weiter. „Studierende müssen zuerst BAföG beantragen, nur um anschließend zu erfahren, dass sie von anderen Sozialleistungen wie Wohngeld ausgeschlossen sind.“

Der fzs fordert:

- die sofortige Erhöhung der Wohnkostenpauschale im BAföG auf ein ortsangepasstes, auskömmliches Niveau
- den Ausbau der Wohnheimplätze in den Bundesländern und des Investitionsprogramms "Junges Wohnen" zugunsten nicht-kommerzieller Wohnungsanbieter
- eine kooperative Bearbeitung des Wohngeld- und BAföG-Antrags

Rückfragen können Sie stellen an:

Katharina Rummenhölter, fzs-Vorstand:
+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de

Tabea Herbst, fzs-Vorstand:
+49 151 2094 2563 oder tabea.herbst@fzs.de



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze
Tabea Herbst
Tjark-Hagen Kandulski
Katharina Rummenhölter